



Föderation der West-Thrakien Türken in Europa

Newsletter

NUMMER 4 | SEPTEMBER 2006



NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

Johannisstraße 50, 58452 Witten, Germany T: +49.2302.913291 F: +49.2302.913293 E: info@abttf.org W: www.abttf.org

ABTTTF beim UN-ECOSOC Akkreditiert



Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTTF), die als Dachverband 29 Vereine von West-Thrakien-Türken in Europa vertritt, hat das Recht erlangt, Vertreter zum Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UN-ECOSOC) zu entsenden. Die ABTTTF ist die siebte als Mitglied dieses Rats registrierte türkische Organisation.

► Als siebte türkische NGO wurde die ABTTTF, die sich seit 1988 für die Belange der in Mitteleuropa lebenden Türken aus West-Thrakien einsetzt, beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen akkreditiert. Sie ist damit die erste von den Vereinten Nationen offiziell anerkannte Organisation der West-Thrakien-Türken und darf nun an den Hauptstandorten der UNO in New York, Wien und Genf Vertretungsbüros einzurichten. Mit diesem besonderen Status als NGO bei der ECOSOC berät die ABTTTF die Vereinten Nationen in Minderheitenfragen und in Angelegenheiten der türkischen Minderheit in West-Thrakien und kann bei internationalen Sitzungen der

Vereinten Nationen, an denen sie teilnimmt, Präsentationen vortragen.

Angemessene Antwort auf die Politik Griechenlands

Der ABTTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu bezeichnete diese offizielle Anerkennung einer sich ausdrücklich als "türkisch" verstehenden Organisation durch die Vereinten Nationen als die denkbar beste Antwort auf die griechische Politik des Verbots der Bezeichnung "türkisch" im öffentlichen Bereich und der Nichtanerkennung von Vereinen, die die das Attribut "türkisch" im Namen tragen: "Jahrelang hat unser Land Griechenland versucht, unsere friedlichen Bemühungen um die Anerkennung unserer Rechte zu verunglimpfen und uns auf internationaler Ebene zu marginalisieren. Unsere Föderation hat es dagegen durch stetiges Engagement geschafft, sich als NGO beim Europarat und bei Institutionen der Vereinten Nationen Gehör zu verschaffen und einen guten Namen zu machen. Die Akkreditierung der ABTTTF als

NGO bei den Vereinten Nationen ist für uns eine Bestätigung und Anerkennung unseres friedlichen Eintretens für unsere Rechte auf internationaler Ebene. Wir haben die Hoffnung, dass dies Griechenland dazu bewegen wird, den Weg zu einer neuen Politik einzuschlagen," erklärte Habipoğlu.

Der Wirtschafts- und Sozialrat UN-ECOSOC als oberste Plattform für international tätige zivilgesellschaftliche Organisationen hat bisher weltweit 2719 NGOs den offiziellen Vertretungsstatus verliehen. Solche Organisationen müssen zur Erlangung dieses Status demokratisch organisiert und nicht gewinnorientiert sein und regierungsunabhängig und friedlich tätig sein. Sie dürfen als ECOSOC-Mitglieder in ihrem offiziellen Schriftverkehr die Bezeichnung "Zivilgesellschaftliche Organisation mit besonderem Vertretungsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen" verwenden, die ihnen eine besondere internationale Legitimierung verschafft.

Unsere ECOSOC-Akkreditierung und Was Sie Uns Einbringt

Halit Habipoğlu, Vorsitzender der ABTTF Witten, 06.09.2006

► Die 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) ist seit Juli 2006 als NGO mit speziellem Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen akkreditiert. Dieser besondere Status versetzt die ABTTF bei ihren internationalen Aktivitäten in eine einflussreiche Position.

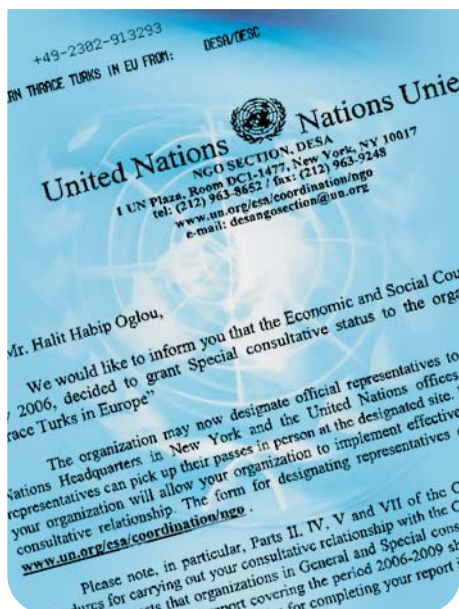
Die für eine wirksamere Verteidigung der Rechte unserer Minderheit 1988 gegründete ABTTF hat im Laufe ihres Bestehens wichtige Erfolge errungen. Aus der Kooperation von anfangs 7 Vereinen ist eine Dachorganisation mit 29 Mitgliedsvereinen geworden.

Seit 1990 haben wir unsere Aktivitäten auf internationaler Ebene ausgebaut. Um die Probleme unserer Minderheit einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln und dadurch Lösungen voranzutreiben, haben wir begonnen, bei internationalen Foren wie der OSZE und der UN-Organisation HABITAT unsere Stimme zu erheben und Kontakte zu knüpfen. Unsere Beiträge, in denen wir von den Problemen berichteten, mit denen unsere Minderheit lebte und weiter leben muss, haben die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer geweckt. Während unserer Land Griechenland unsere türkische Identität immer noch verleugnet, wurde sie auf diesen Konferenzen akzeptiert. In der Erwartung, dass uns eine Akkreditierung beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zusätzliches Gewicht verleiht, haben wir uns dort 1998 um Aufnahme beworben. Diese Mitgliedschaft erfordert allerdings die Erfüllung einiger Bedingungen. Nicht zuletzt spielen dabei unsere internationalen Aktivitäten eine wichtige Rolle. Daher habe ich nach meiner Wiederwahl als ABTTF-Vorsitzender im Jahr 2002 die Bemühungen für die ECOSOC-Mitgliedschaft intensiviert.

Unsere Föderation leistet wichtige Arbeit bei der Bewältigung der Probleme, denen unsere



Minderheit in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Bildung und Recht ausgesetzt ist. Mit unserer Internetseite, die unsere Arbeit viersprachig, auf Türkisch, Englisch, Deutsch und Griechisch, vorstellt, wenden wir uns nicht nur an die West-Thrakien-Türken in aller Welt, sondern an ein breites Publikum aus Türken, Griechen und internationalen Organisationen. Auch unser seit 2 Jahren in vier Sprachen erscheinendes monatliches Bulletin stößt auf großes Interesse.



Die Rechtmäßigkeit unseres Anliegens, die Transparenz unserer Organisation, unsere Veröffentlichungen, unser Internetauftritt und unser internationales Engagement hat bei der Aufnahme in die Liste der Organisationen, die den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen beraten, eine entscheidende Rolle gespielt. Mit ihrem Konsultativstatus für spezielle Themen wird die ABTTF die Vereinten Nationen in Minderheitenfragen und in Belangen der türkischen Minderheit in West-Thrakien beraten und bei internationalen Konferenzen zu diesen Themen eigene Beiträge präsentieren können.

Die ECOSOC-Akkreditierung ist nur eine der Früchte unserer Arbeit. Wir werden unsere Aktivitäten noch weiter intensivieren und außer unseren bisherigen Hauptanliegen noch weitere Themen zur Sprache bringen, die wir noch gar nicht vorbringen konnten. Bei den Vereinten Nationen werden wir uns mit Minderheitenrechten, Migration, internationalem Recht, Religion, Menschenrechten, lokaler Verwaltung, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Entwicklung, Familie, Frauen, Kindern und Jugendlichen beschäftigen.

Als erstes wollen wir das Thema Jugend angehen. Auf der letzten Vorstandssitzung haben wir beschlossen, unsere Organisation verstärkt der Jugend zu öffnen. Unter dem Dach der Föderation wollen wir aus Studenten, die mit uns arbeiten möchten, eine Jugendgruppe bilden. Dazu werden wir in den kommenden Tagen auf unserer Homepage und über die Medien die Jugendlichen dazu aufrufen, sich an uns zu wenden und bei uns zu engagieren.

Alle unsere Anstrengungen gehen dahin, dass unsere Minderheit in Europa, das Menschenrechte und Demokratie zu einem zentralen Anliegen erklärt hat, die Rechte in Anspruch nehmen kann, die ihr zustehen. Dass wir damit bisher erfolgreich waren, wird gewährleisten, dass wir auch weiterhin Erfolg haben werden.

Griechische Presse Reagiert Panisch auf ECOSOC-Akkreditierung der ABTTF

In der griechischen Presse wird die Akkreditierung der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) als NGO beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) mit Entrüstung aufgenommen.

Die entsprechende Meldung in der Tageszeitung 'Chronos' ist überschrieben mit "Sie wiegeln auf"

► Die Akkreditierung der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) als NGO beim 'Wirtschafts- und Sozialrat' der UNO (UN-ECOSOC) hat in der lokalen Presse in West-Thrakien ein negatives Echo gefunden. Die Zeitung 'Eleftheri Thraki' sieht einen Zusammenhang mit Prozessen gegen Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, während die in Komotini/Gümülcine erscheinende Zeitung 'O Chronos' ('Die Zeit') Verschwörung wittert und ihren Artikel betitelt mit:

Sie Wiegeln auf

Weiter heißt es in 'O Chronos': "Weil die ABTTF von ECOSOC akkreditiert wurde, wollen sie jetzt, dass ihre Vereine in Thrakien von der

Regierung anerkannt werden." Unter Verweis auf die Erklärungen der ABTTF zu den griechischen Kommunalwahlen wird gesagt, dass die ECOSOC-Akkreditierung den Vereinen internationale Legitimität verschaffe. Die ABTTF wird als Organisation beschrieben, die im griechischen Thrakien in Zukunft für Probleme sorgen könne. Die griechischen Regierungsstellen werden aufgefordert, die Aktivitäten der ABTTF genau zu verfolgen und zu erklären, was sie bisher dagegen unternommen hat.

Griechisches Außenministerium Berät sich

In der in Alexandroupolis/Dedeğaç erscheinenden Zeitung 'Eleftheri Thraki' ('Freies Thrakien') wird die ECOSOC-Akkreditierung der ABTTF mit folgenden Worten kommentiert: "Durch den erwähnten Beschluss bekommt die ABTTF die Genehmigung, die UNO in Minderheitenfragen zu beraten und darf an den Hauptstandorten der UNO in New York und Genf Vertretungsbüros einrichten. Das griechische Außenministerium berät über die Bedeutung dieser Entwicklung, die sich kurz vor der Entscheidung über einen Antrag beim

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf Zurückweisung eines Urteils des 'Areopagos' ergab. Die Rückweisung des Beschlusses des griechischen Obersten Gerichtshofs, die 'Türkische Union von Xanthi' zu verbieten, wird mit der Absicht angestrebt, bei der Namensgebung von Vereinen in Zukunft die Bezeichnung "türkisch" verwenden zu dürfen.

Habipoğlu: "Friedliches Engagement"

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu kommentierte die Reaktionen der griechischen Presse und bezeichnet die geäußerten Befürchtungen als grundlos. Die ABTTF setze sich für nichts anderes ein als die Erfüllung der berechtigten Ansprüche jedes einzelnen Angehörigen der in Griechenland lebenden türkischen Minderheit auf einen für europäische Bürger angemessenen Lebensstandard. Man werde nicht zulassen, dass dieses friedliche Engagement in den Schmutz gezogen wird. Die Akkreditierung der ABTTF beim UN-ECOSOC sei für Griechenland kein Grund zur Sorge. Diese Anerkennung einer Organisation, die sich für demokratische Rechte einsetze, sollte vielmehr als Gewinn für Griechenland angesehen werden.

Die FUEV und die ABTTF

► Die FUEV als die größte und repräsentative Dachorganisation der autochthonen Völker und nationalen Minderheiten Europas engagiert sich für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Sprachen, Religionen und Kulturen in den Staaten Europas ein. Sie wehrt sich dagegen, wenn sich Staaten weigern, die Rechte auf eine Erhaltung und Förderung der Identität auch auf Bürger und Bürgerinnen auszudehnen, die

nicht der nationalen Mehrheit angehören. Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch solche wie das Recht auf Zugehörigkeit zu einer Sprache, zu einem Volk und zu einer Religion gehören für die FUEV seit ihrer Gründung zum unverwechselbaren Wesen der europäischen Zivilisation. Gerade weil die ABTTF sich zu diesen Werten bekennt, wurde sie als Mitglied der FUEV aufgenommen. Sie gehört zu den aktiven Mitgliedern, die sich europaweit in der FUEV wie auch national für

die Gemeinschaft der Westthrakier in Griechenland einsetzen. Sie tut dies mit viel Engagement und großer idealistischer Uneigennützigkeit. Zusammen mit der ABTTF hofft die FUEV, dass es auch in Griechenland, der Wiege der Demokratie, möglich sein wird, die international anerkannten Rechte auch für die Westthrakier und den andern nationalen Minderheiten zum Durchbruch zu verhelfen.

Romedi Arquint, FUEV Präsident

Positive Antwort der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Positive Antwort der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf Angebot der ABTTF zur Zusammenarbeit bei Erstellung eines Minderheitenberichts

► Der französische Abgeordnete Michel Hunault, den die Parlamentarische Versammlung des Europarats damit beauftragt hat, einen Bericht über die Minderheiten in der Türkei und in Griechenland zu erstellen, ist auf das Angebot der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) zur Zusammenarbeit eingegangen. Er erklärte, er werde während der Erstellung des Berichts im Kontakt mit der ABTTF bleiben und vor der Abgabe des Berichts den ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu zu einem Gespräch empfangen.



Den Auftrag zur Erstellung des Berichts bekam Michel Hunault, nachdem die griechische und die türkische Delegation beim Europarat Anfragen zur Untersuchung der Türkischen Minderheit in Griechenland der griechischen Minderheit in der Türkei gestellt hatten.

Die ABTTF, die sich seit 18 Jahren in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Belange der West-Thrakien-Türken einsetzt und die Diskriminierung der türkischen Minderheit in Griechenland ins Bewusstsein der der Weltöffentlichkeit rückt, damit Griechen und Türken in Zukunft einvernehmlich und in gegenseitigem Respekt miteinander leben können, hatte sich in einem Brief an Hunault gewandt, um ihm zu der ihm übertragenen Aufgabe zu gratulieren und für die Erstellung des Berichts ihre Zusammenarbeit anzubieten.

“Integration” aus Sicht der ABTTF: Wir Leisten Einen Doppelten Beitrag zur Integration

► Vor dem Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt am 14. Juli 2006 hat der Vorsitzende der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) Halit Habipoğlu sich mit einem Brief an die für Migration und Integration zuständigen Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer gewandt, in dem er aus der Sicht der ABTTF die Bedeutung des Integrationsgipfels unterstrich und die Integrationsarbeit der ABTTF vorstellte.

Er erklärte, dass die ABTTF sich in ehrenamtlicher Tätigkeit für ein besseres Zusammenleben von Griechen und Türken in Respekt und gegenseitigem Einverständnis dadurch einsetzt, dass sie die Ungerechtigkeiten, denen die Türken im griechischen West-Thrakien ausgesetzt sind, ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit rückt, und

stellte im Hinblick auf den Gipfel die nach Ansicht der ABTTF zur Förderung der Integration notwendigen Maßnahmen vor.

Die Arbeit der ABTTF beziehe sich nicht allein auf die Türken in Griechenland, sondern auch auf die West-Thrakien-Türken in Deutschland: “Als Dachverband der Vereine der in Deutschland lebenden West-Thrakien-Türken leisten wir Integrationsarbeit nicht nur für Griechenland, sondern befassen uns mit Integrationsfragen auf der europäischen Ebene. Auf Grund dieser doppelten Sensibilisierung für das Thema messen wir den Gipfel besondere Bedeutung zu.”

In seinem Brief schilderte Habipoğlu die Arbeit der ABTTF als Nichtregierungsorganisation, die die Interessen der in Griechenland lebenden

Türken in Europa vertritt, indem sie deren Angelegenheiten und Probleme auf Treffen und Konferenzen internationaler Organisationen wie der UNO zur Sprache bringt. Dem Brief war ein Bericht beigelegt, der auf europäischer Ebene bestehende Fragen der Integration aus der Perspektive der ABTTF bewertet.

Der Bericht beschreibt detailliert, wie die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen gestaltet werden kann, die sich für die Integration der in Deutschland lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund einsetzen, und enthält Vorschläge zu den Bereichen Sprache, Religion, Ausbildung, Kommunikation, Wirtschaft und Beratung.

Der Mufti von Xanthi M. Emin Aga Hat Zwei Prozesse Gewonnen

Zwei Prozesse, die vom gewählten Mufti von Xanthi Mehmet Emin Aga vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angestrengt worden waren, endeten mit der Verurteilung Griechenlands. Aga bekommt Gerichtskosten in Höhe von 3000 Euro erstattet.

► Nach wie vor ist der Rechtsstatus der Muftis, die von der in West-Thrakien lebenden türkischen Minderheit gewählt werden, ungeklärt. Griechenland, das bereits in drei Prozessen verurteilt worden war, die von den gewählten Muftis von Komotini und Xanthi, İbrahim Şerif und Mehmet Emin Aga, angestrengt worden waren, ist jetzt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg in zwei weiteren Klagen schuldig gesprochen worden, die ebenfalls von Mehmet Emin Aga eingereicht worden sind.

Der Gerichtshof stellte in seinem Urteil vom 13. Juli fest, dass es nicht rechtmäßig ist, eine weitere Strafverfolgung der gewählten Muftis nach dem Abschluss der früheren Verfahren als "Erfordernis einer demokratischen Gesellschaft" darzustellen, und dass diese Strafverfolgungen eine offene Verletzung der in Artikel 9 der Europäischen



Menschenrechtskonvention (EMRK) garantierten Religionsfreiheit darstellten. Griechenland wird Aga die Kosten für beide Prozesse in Höhe von 3000 Euro erstatten.

Der Vorsitzende der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) Halit Habipoğlu kommentiert den Ausgang des Prozesses wie folgt: "Die religiöse Autonomie der in Griechenland lebenden türkischen Minderheit wurde im Friedensvertrag von Lausanne von 1923, der Rechtsstatus der Amtsstellung der Muftis im Athener Abkommen von 1913 ausdrücklich anerkannt. Griechenland hat unter Missachtung dieser beiden von ihm unterzeichneten Verträge seit

1985 freie Wahlen zu diesen religiösen Ämtern nicht mehr zugelassen und entsprechende Funktionsträger seitdem selbst ernannt. Es erkannte damit nicht nur das Amt der von unserer Religionsgemeinschaft gewählten Muftis nicht an, sondern verfolgte die religiösen Würdenträger außerdem strafrechtlich."

Zwar habe diese Verfolgung nach den vorangegangenen Urteilen des Menschenrechte-Gerichtshofs aufgehört, der Rechtsstatus der religiösen Würdenträger der Minderheit werde aber nach wie vor nicht anerkannt, stellte Habipoğlu fest. "Durch frühere Urteile zum Thema der Muftis ist bei der Minderheit die Hoffnung genährt worden, dass dieses Problem zu einer Lösung kommen werde, aber bis heute sind keine Fortschritte sichtbar. Ich bin jedoch optimistisch, dass die jüngsten beiden Urteile Bewegung in die Sache bringen werden." Habipoğlu erklärte, damit der Ausgang der Prozesse auch zur Anerkennung der Muftis führe, müsse der Europarat die Angelegenheit auch auf politischer Ebene weiter verfolgen. "Eigentlich wünschen wir uns, dass Griechenland unsere Minderheit nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung ansieht und die Reife hat, uns diese Rechte zuzugestehen, ohne dass dazu Druck von außen notwendig wäre."

ABTTF Unterstützt Berufsausbildung

► In Deutschland haben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren zum Wegfall vieler Arbeitsplätze geführt. Weil junge Leute sich daher zunehmend Beschäftigungen zuwenden, die ihnen direkt ein Einkommen gewährleisten, statt eine Berufsausbildung anzustreben, gibt es inzwischen Anzeichen dafür, dass der Mangel an ausgebildeten Fachkräften zunimmt. Angesichts des weiter bestehenden Mangels



an Ausbildungsplätzen ist die Situation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch schlechter als die ihrer deutschen Altersgenossen. Nach jüngsten Zahlen ist der Anteil der Jugendlichen ausländischer Herkunft, die einen Ausbildungsplatz finden konnten, in den vergangenen Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Der allgemeine Rückgang im selben Zeitraum liegt lediglich bei 1,7 Prozent.

Während man daran arbeitet, die Benachteiligung von Migranten im Bereich der Berufsbildung zu beheben, hat der westeuropäische Dachverband der Vereine der West-Thrakien-Türken, die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), die Berechtigung erhalten, in ihrer Hauptgeschäftsstelle in Witten ab dem Ausbildungsjahr 2006/07 einen Ausbildungsplatz anzubieten. Für die Dauer von drei Jahren wird die seit einiger Zeit als

Praktikantin in der Geschäftsstelle tätige Serap Yusuf parallel zum Besuch der Berufsschule zu festen Zeiten im ABTTF-Büro arbeiten.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu erklärte, das zur Überwindung der Benachteiligung junger Migranten in diesem Bereich Jeder mit anpacken müsse: "Als Verband empfehlen wir allen unseren Jugendlichen, eine Berufsausbildung zu machen. Die Grundvoraussetzung dafür, in

den komplexen Lebensverhältnissen unserer Zeit Fuß zu fassen, ist es, Fachkenntnisse zu erwerben. Wir können als Verband vorerst nur einen Auszubildenden einstellen. Trotzdem können wir uns glücklich schätzen, mit dieser Ausbildung zum Gemeinwohl unserer Gesellschaft mit beizutragen." Habipoğlu ruft daher alle Migrantenverbände und -betriebe dazu auf, ebenfalls durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen ihren Jugendlichen eine Chance zu geben.

Prof. Dr. Tekin Akıllıoğlu von der Bilkent-Universität in Ankara

informierte West-Thrakien-Türken über das juristische Verfahren für die aus der griechischen Staatsangehörigkeit Ausgeschlossenen

► Prof. Dr. Tekin Akıllıoğlu von der Bilkent-Universität in Ankara nahm als Ehrengast an einer Generalversammlung der 'Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa' (ABTTF) teil, die über eine Satzungsänderung zu entscheiden hatte. Auf einer Konferenz im Anschluss an die Versammlung gab Prof. Dr. Akıllıoğlu bekannt, dass er die Opfer des Artikels 19 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg kostenlos verteidigen werde.

Prof. Dr. Akıllıoğlu sagte, dass in der Türkei ca. 300 Tausend West-Thrakien-Türken leben und dass etwa 50 Tausend von ihnen aufgrund des rassistischen Artikels 19 des griechischen Staatsangehörigkeitsgesetzes aus der griechischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen worden seien und wendet sich mit folgendem Aufruf an alle Betroffenen weltweit, nicht nur an die in der Türkei lebenden: "Die Opfer sind sich des ihnen geschehenen Unrechts und der rechtlichen Möglichkeiten zur Wiedereinsetzung in ihre Rechte oft gar nicht bewusst. Sie müssen darüber aufgeklärt werden. Ich werde die West-Thrakien-Türken, die Opfer dieses Gesetzes wurden, kostenlos vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigen



und bitte dazu die Betroffenen, mir Informationen über ihr Schicksal zukommen zu lassen."

Persönliches Eigentum nicht von Verjährung betroffen Prof. Dr. Akıllıoğlu informierte über eigentums- und familienrechtliche Fragen und wies besonders darauf hin, dass der griechische Staat nicht berechtigt sei, Grundeigentum, das auf Privatpersonen eingetragen ist, in Staatseigentum zu überführen, unabhängig davon, wie viel Zeit vergangen sei. Falls West-Thrakien-Türken, die ausgebürgert worden seien oder seit Jahren nicht mehr nach Griechenland zurückgekehrt seien, irgendwelche Probleme mit ihrem

Grundeigentum in Griechenland hätten, so könnten sie solche Probleme ohne Einschränkungen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

Der Wissenschaftler Cem Şentürk berichtete, Griechenland habe in jüngster Zeit begonnen, einzelne Betroffene wieder einzubürgern. Dabei würden jedoch Gebühren für den Einbürgerungsvorgang erhoben, wobei erneut in rassistischer Weise mit zweierlei Maß gemessen werde So genannte Pontusgriechen, die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach Griechenland eingebürgert werden, sind von Einbürgerungsgebühren befreit.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu berichtete von den jüngsten politischen Initiativen der ABTTF zum Thema Artikel 19 auf internationaler Ebene. Durch Mehmet Tekelioğlu, Abgeordneter der AKP für Izmir im türkischen Parlament und Mitglied der türkischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, sei eine Anfrage zur Problematik des Artikels 19 im Europarat eingebracht worden.

"Das Unrecht, welches den West-Thrakien-Türken geschieht, ist ein politisches Problem", stellte Habipoğlu fest. "Unser Land Griechenland aber unternimmt nichts zur Lösung dieses Problems. Die ABTTF bemüht sich, durch internationale Initiativen und mit

Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten des Europarats eine Lösung voranzutreiben. Unsere im vergangenen Jahr aufgebaute Wissenschafts- und Presseabteilung hat erfolgreiche Arbeit geleistet. Mit Unterstützung von Prof. Dr. Akillioğlu haben wir jetzt eine juristische Abteilung eingerichtet, mit deren Hilfe wir uns in Zukunft auch auf juristischem Gebiet um die Lösung der anstehenden Probleme bemühen werden.

Protestnote gegen Rassismus

Auf der Generalversammlung in Giessen, auf der mit der Stimmenmehrheit der Delegierten von 14 Mitgliedsvereinen einige Artikel der Satzung der ABTTF geändert wurden, wurde eine "Protestnote der ABTTF- Generalversammlung zum zunehmenden Rassismus in Griechenland" verlesen: Die Protestnote wendet sich gegen den alltäglichen

Rassismus in Griechenland und gegen einen Artikel in einer der meistgelesenen Zeitungen Griechenlands, in dem offen die "ethnische Säuberung Thrakiens" gefordert wird. Die Generalversammlung stellte fest, dass die Weltöffentlichkeit und die aufrechte griechische Bevölkerung auf den zunehmenden Rassismus in Griechenland aufmerksam gemacht werden müssen und beschloss, von diesem Vorfall die Presse zu unterrichten.

Plant bei Euren Wahlprogrammen die West-Thrakien-Türken in Europa mit ein!

► Im Vorfeld der griechischen Kommunalwahlen am 15. Oktober 2006 hat die Positionierung der Kandidaten begonnen. In den Gebieten um Xanthi/İskeçe und Komotini/Gümölcine, wo der Anteil der türkischen Minderheit an der Bevölkerung besonders hoch ist, werden für die Wahlen zu Kommunalräten und Stadtverwaltungen sowie für die Präfekturwahlen viele türkische Kandidaten aufgestellt. Die Kandidaten haben damit begonnen, sich mit ihren Wahlprogrammen den Wählern vorzustellen..

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) Halit Habipoğlu weist darauf hin, dass die türkische Minderheit durch ihren regional konzentrierten

Bevölkerungsanteil die Möglichkeit hat, eigener Kandidaten in die entsprechenden Gremien durchzubringen. Um diese Chance nicht zu verpassen, sollten alle Angehörigen der türkischen Minderheit bei den Wahlen ihre Stimmen türkischen Kandidaten geben. Habipoğlu erklärte, die ABTTF beteilige sich an der Organisation der Stimmabgabe der aus dem europäischen Ausland kommenden West-Thrakien-Türken, die einen erheblichen Einfluss auf den Wahlausgang haben können: "Die Kommunalverwaltungen werden im Zuge der Globalisierung und der Institutionalisierung innerhalb der Europäischen Union immer wichtiger. Daher muss Kommunalwahlen heute mindestens dieselbe Bedeutung zugemessen werden wie Parlamentswahlen. Nichts darf

dem Zufall überlassen werden, jede Stimme muss mobilisiert werden.

Die West-Thrakien-Türken im europäischen Ausland identifizieren sich nach wie vor mit der Heimatregion. Die West-Thrakien-Türken in England, den Niederlanden und Österreich, besonders aber in Deutschland, haben ganz konkrete Erwartungen an die gewählten Volksvertreter in der Heimat. Die ABTTF unterstützt als Verband der im Ausland lebenden West-Thrakien-Türken bei den griechischen Kommunalwahlen am 15. Oktober die türkischen Kandidaten, besonders diejenigen, die in ihren Wahlprogrammen auch unseren Erwartungen entgegen kommen, so Habipoğlu.



Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa stellt sich hinter İlhan Ahmet

Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) stellt sich hinter İlhan Ahmet, der wegen seines Türkei-Besuchs vor zwei Monaten zur Zielscheibe der griechischen Medien wurde.

► Während die Diskussion um die Kandidatur von Gülbeyaz Karahasan anhält, die sich als Angehörige der türkischen Minderheit um das neue Amt einer Superpräfektin für die Provinzen Xanthi, Kavala und Drama bewirbt, sieht sich die ABTTF nun veranlasst, gegen die Verleumdungskampagne griechischer Medien Stellung zu beziehen, die sich gegen den einzigen Vertreter unserer Minderheit im griechischen Parlament İlhan Ahmet richtet, weil dieser vor zwei Monaten die Türkei besucht hat.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu stellte fest, dass die Minderheit und ihre Vertreter in jüngster Zeit in zunehmendem Maße von griechischen Politikern und griechischen Medien aufs Korn genommen werden und forderte konkrete Maßnahmen dagegen, dass die im Lande zunehmenden fremdenfeindlichen Äußerungen nicht in Gewalt gegen die Minderheit umschlagen.

Unter Verweis darauf, dass Griechenland das Europäische Rahmenabkommen zum Schutz Nationaler Minderheiten immer noch nicht ratifiziert hat, obwohl seit der Unterzeichnung bereits Jahre vergangen sind, stellte Habipoğlu fest: "Das Abkommen ist das höchste europäische Dokument zum Schutz von Minderheiten. Es fordert die unterzeichnenden Staaten nicht nur dazu auf, die Identitäten der



im Lande lebenden Minderheiten zu schützen, sondern verpflichtet sie darüber hinaus dazu, alle Maßnahmen zu ihrer Förderung zu ergreifen. In Griechenland dagegen, das sich als Teil Europas begreift, werden andere Identitäten fortgesetzt als Bedrohung angesehen und diskriminiert." Es müsse als selbstverständlich akzeptiert werden, dass İlhan Ahmet wie jeder andere Parlamentarier Besuche im Ausland macht, fordert Habipoğlu: "Dass der Besuch des Abgeordneten unserer Minderheit in der

Türkei, mit der uns kulturelle und religiöse Gemeinsamkeiten verbinden, und seine dortigen Gespräche über die Probleme unserer Minderheit zum Anlass für eine Verleumdungskampagne genommen werden, ist nicht akzeptabel."

"Für Griechenland, das sich einer Lösung im Dialog mit der Minderheit verweigert, ist es eine Schande, dass wir seit vierzig Jahren gezwungen sind, unsere Probleme auf allen möglichen Ebenen zur Sprache zu bringen: Das Problem unserer Stiftungen wartet seit vierzig Jahren auf eine Lösung und auch unsere Probleme im Zusammenhang mit dem Rechtsstatus unserer Identität, mit unseren religiösen Autoritäten, den Muftis, mit unseren Bildungseinrichtungen und mit den Opfern des früheren Staatsangehörigkeitsrechts erscheinen nach Jahren ohne ernsthafte Fortschritte weiter von einer Lösung entfernt denn je.

İlhan Ahmet hat zu der gegen ihn laufenden Kampagne in der für die Minderheit erscheinenden Wochen-zeitung "Gündem" Stellung genommen: "Ich habe bei einem privaten Besuch in Ankara auch das türkische Parlament aufgesucht. Ich habe den Außenminister getroffen und mit einigen Regierungsvertretern gesprochen. Dabei habe ich Angelegenheiten unserer Minderheit angesprochen und von den Problemen berichtet, mit denen wir konfrontiert sind. Ich habe von den Gemeinden, den Muftiämtern, dem Bildungswesen und alldem berichtet. Natürlich habe ich unsere Minderheit dabei als türkische Minderheit bezeichnet. Weil dies nämlich so ist."



Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe

Bankverbindung: Stadtparkasse Witten, Konto Nr: 37598, BLZ 452 500 35
Kuruluş / Gegr. 28.02.1988, VR 1954, Giessen

Editör: Çağla Sorgun

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

Johannisstraße 50, 58452 Witten, Germany T: +49.2302.913291 F: +49.2302.913293 E: info@abtff.org W: www.abtff.org